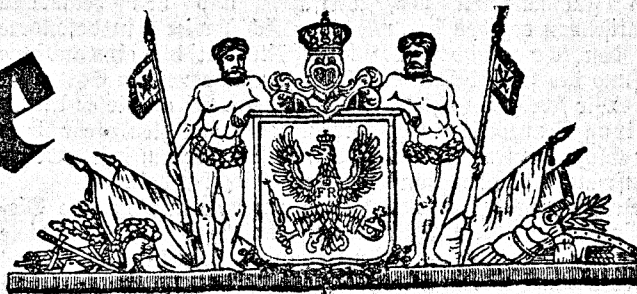


Vossische



Zeitung

60 Pfennig

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 20 Mark. Anzeigen: Zeile 5 Mark und 40% Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 3 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redaktour (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 969.

Abriistung.

Von Georg Bernhard.

Der General Hoffmann hat einem Vertreter des „Matin“ in neuer Auflage seine alten russischen Pläne zur Verbreitung übergeben. Trotz der Weihnachtszeit, die allen Menschen als ein Symbol des Friedens gilt, hat er darin von neuem den Krieg und gegen die Abriistung gepredigt. Dieser General, den alle Militärs von Fach stets als einen Strategen von ganz besonderer Bedeutung bezeichnet haben, ist schon einmal zum politischen Verhängnis für Deutschland geworden. Damals, als er in Brest-Litowsk mit der Geste des Siegers auf den Tisch schlug und jene Bedingungen diktierte, deren Grobschlächtigkeit und politische Naivität später im Frieden von Versailles ihre Deutschland so bedrückende Nachahmung fanden. General Hoffmann ist der Typus eines politischen Generals. Während Ludendorff im Krieg von einem schwachen Reichskanzler und nach der Revolution von ihm umschmeichelnden Freunden gewaltig auf politische Bahnen gelenkt wurde, hat der Ehrgeiz seines einstigen Beraters Hoffmann sich nie im Militärischen allein befriedigen können. Er hatte früh mit Erzberger Verbindungen angeknüpft und sich in jener Zeit wohl der Hoffnung hingeeben, ins Reichskanzleramt zu gelangen. Was er in jener Zeit sprach und tat, stand im Gegensatz zu seinem Auftreten in Brest-Litowsk. Mehr aber noch im Gegensatz zu den Plänen, die er seitdem unentwegt entworfen hat, um mit Hilfe der Entente — vielleicht sogar träumte er sich als von dieser bestallter Oberkommandierender — durch eine große militärische Aktion die bolschewistische Regierung zu stürzen.

Diese Pläne hat er — wie sein letztes Interview zeigt — durchaus nicht aufgegeben. Nach wie vor glaubt er an seine Mission, das russische Volk und die europäischen Völker in ihrer Gesamtheit von der bolschewistischen Gefahr befreien zu müssen. Lange schon hätte es ihm eigentlich klar werden dürfen, daß die Verwirklichung seiner Pläne eine politische Katastrophe für Europa bedeutet hätte. Denn jede militärische Intervention würde den Bolschewisten Gelegenheit gegeben haben, sich als Hüter der national-russischen Ehre zu drapieren, und aller Wahrscheinlichkeit nach hätte in der Abwehr fremdländischer Angriffe die große Masse des russischen Volkes einschließlich aller bolschewistenfeindlichen Parteien, soweit sie in Rußland selbst noch vertreten sind, hinter den bolschewistischen Führer gestanden. Es hätte sich dann vermuthlich eine Kräftigung der bolschewistischen Regierung in Rußland vollzogen, so wie die jakobinische Revolution in Frankreich erst durch die Koalitionskriege wirklich gestiftet worden ist. Dadurch, daß internationale Militärinterventionen unterblieben, hat allmählich jener innere Zerlegungs- und Umbildungsprozess in Moskau und Petersburg begonnen, durch den zwar die Herrschaft der Bolschewisten als solche nicht erschüttert, aber dafür doch der Bankrott des Bolschewismus als Idee und System aller Welt offenbar geworden ist. Jetzt aber, nachdem die Dinge in Rußland erfreulicherweise soweit gediehen sind, noch immer die Heilkräft der alten Mittel zu predigen, ist schon deshalb unpolitisch, weil es auch die Verkennung der Seelenverfassung der übrigen europäischen Völker bedeutet, die keine Kriege mehr führen wollen, sondern endlich den Frieden herbeiführen. Der General Hoffmann stellt, wie es ja vielleicht ein tüchtiger General muß, nur die Möglichkeit des Sieges einer internationalen militärischen Aktion in seine Rechnung ein. Aber der Politiker muß auch mit dem Gegenteil rechnen. Und wenn General Hoffmann das wäre, was er sein will, nämlich ein politischer General, so würde er sich einmal überlegen, was es bedeuten würde, wenn im Falle eines Mißlingens die bolschewistischen Kohorten sich nach Deutschland hinein ergößen und nun unser armes geplagtes Vaterland zum Kriegsschauplatz würde. Nicht bloß zum Schauplatz der Kämpfe zwischen östlichen und westlichen Armeen, sondern vor allem zu einem Forum für die scheußlichsten aller Bürgerkämpfe, angefaßt durch die bolschewistische Agitation. Es ist eine geradezu tolle Kindererei, die so gepredigt wird.

Beinahe schlimmer noch als der Plan des Generals Hoffmann an sich ist die Folgerung, die er daraus zieht und in Frankreich verbreiten läßt. Bei den Franzosen beginnt allmählich die Idee der Abriistung festeren Fuß zu fassen. Der amerikanische Druck, die immer deutlicher hervortretende Unwahrscheinlichkeit, Erleichterung von seiten des amerikanischen Gläubigers zu erhalten, wenn nicht an den Rüftungskosten gespart wird, die immer klarer werdende Einsicht, daß deutsche Leistungen nicht mit militärischen Okkupationen zu erzielen sind, das alles hat allmählich jenseits der Vogesen die Stimmen der Vernunft gestärkt. Und nun kommt ein deutscher General und ruft den Franzosen zu: „Rüftet nicht ab!“ Während ganz Deutschland sehnüchlich darauf wartet, daß der französische Militarismus sein Übergewicht im Kampf um die Seele des französischen Volkes verliert, erwacht in Deutschland selbst diesem Militarismus ein Bundesgenosse. Es ist ja ein offenes Geheimnis, daß auch von

Briand über London.

Frankreich wahrt seine Ansprüche.

Der Vorstoß der nationalistischen Opposition — „Der Zwischenfall ist geschlossen“ — Vertagung der weiteren Reparationsanfragen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

vi Paris, 24. Dezember.

In den Wandelgängen der Kammer herrscht heute seit den frühen Vormittagsstunden lebhafteste Bewegung. Die Gegner des Kabinetts äußerten sich recht zuversichtlich. Allgemein schien man davon überzeugt, daß Briand einen schweren Anstoß zu überstehen haben würde. Das Interesse für die Interpellationen über den Krach der Banque Industrielle de Chine und die Rolle, die der Generalsekretär des Ministeriums der äußeren Angelegenheiten, Berthelot, dabei gespielt hat, trat zurück vor der Spannung, mit der die Abstimmung über die von Briand verlangte Vertagung der Interpellation des früheren Finanzministers Klotz, deren Gegenstand Frankreichs Wiedergutmachungspolitik sein sollte, erwartet wurde.

Die republikanische Sammelpartei „Demokratische Entente“ hielt vormittags eine Fraktionsitzung ab, an der von den 180 Parteimitgliedern nur die 75 Oppositionellen teilnahmen, die schon bei früheren Vorstößen gegen Briand mitgewirkt haben. Sie beschloßen, die sofortige Beantwortung der Interpellation Klotz durch Briand zu verlangen und namentlich Erklärungen über die Gerüchte von einer eventuellen Kürzung der Besetzungsdauern des Rheinlandes zu fordern.

Gleichzeitig hielt die „Radikale und sozialistisch-radikale Partei“, deren Mitglied Klotz ist, eine Beratung ab, in der sie die Auffassung durchsetzte, daß die Partei dem Kabinett keine Schwierigkeiten machen dürfe. Man entschied sich für einen Ausweg, indem man bei Briand anfragte, ob er zu einer Antwort bereit sei, im Falle die Interpellation Klotz in eine einfache Anfrage verwandelt werde. Briand erklärte sich damit einverstanden. Die Hoffnungen der Gegner Briands auf der Rechten waren damit vereitelt.

Klotz ergriff heute nachmittags gleich nach Eröffnung der Sitzung das Wort und führte aus: Vor dem Los der Welt würde das Los des französischen Steuerzahlers geregelt werden. Die Franzosen zahlen doppelt so viel Steuern wie die Deutschen, wie in einem heute morgen verteilten Bericht des Senators Chéron nachgewiesen werde. Er fragte deshalb die Regierung: „Wird der französische Steuerzahler nach der Konferenz von Cannes der Gefahr ausgesetzt sein, neue Steuern an Stelle des deutschen Steuerzahlers zahlen müssen?“ (Beifall rechts.)

Briand erwiderte, er habe in London in der größten Herzlichkeit Meinungen mit Lloyd George ausgetauscht. Die Entente zwischen England und Frankreich sei so vollständig und befestigt wie möglich, aber auch die anderen Verbündeten hätten mitzureden. Deshalb sei es unmöglich, vor der Konferenz von Cannes über Lösungen zu berichten.

Es sei nicht die Rede davon, daß Frankreich in Cannes auf irgendwelche Garantien, über die es verfüge, verzichten werde. Lloyd George habe die besondere Lage Frankreichs anerkannt und nicht davon gesprochen, daß Frankreich auf den nächsten Konferenzen auch nur das kleinste Opfer zugemutet werden würde. Er, Briand, habe mit Loucheur überlegt, wie man am besten Zahlungen von Deutschland erlangen könne. Es sei keine Rede von einer Revision des Versailler Vertrages oder von tiefgehenden Abänderungen der Zahlungspläne. Neue

Beschlüsse über die Reparationen müßten übrigens dem Parlament zur Genehmigung vorgelegt werden, wenn sie eine Aenderung des Versailler Vertrages darstellen. Frankreich werde auf die ihm zustehenden Wiedergutmachungen in keinem Punkte verzichten. (Beifall.)

Briand führt weiter aus: „In Cannes würden die verwickelten Interessen, welche die Völker einen, geprißt werden. Der Verkehr durch die Diplomaten genüge nicht immer, die unmittelbare Aussprache sei ein sehr wertvolles Mittel zur Lösung von Schwierigkeiten. Die Londoner Unterhandlungen hätten sich um die Möglichkeit eines besseren Zusammenarbeitens in der Welt gedreht. Er versicherte zum Schluß noch einmal, daß Lloyd George keinen Augenblick daran gedacht habe, Frankreich auch nur den kleinsten Verzicht zuzumuten. (Beifall.)

Klotz erklärte, er nehme von Briands Zusicherung Kenntnis, daß der Versailler Vertrag nicht ohne Zustimmung des Parlaments geändert werden könne. Er bitte um Auskunft, ob der Vertreter im Wiedergutmachungsausschuß beauftragt worden sei, die Frage des inneren deutschen Anleihedienstes zur Sprache zu bringen.

Briand antwortet, diese Frage sei auch von vielen anderen Seiten aufgeworfen worden. Er könne sich aber nicht auf detaillierte Mitteilungen darüber einlassen. Er hoffe, daß seine Erklärung genüge, die Kammer zu beruhigen. (Lärm rechts.) „Ich will nicht sagen, die ganze Kammer.“ (Seiterteil und Beifall.)

Klotz versucht, Briand durch eine Reihe von Fragen zu detaillierten Angaben über die deutschen Zahlungen in den nächsten Jahren zu veranlassen. Briand beschränkt sich auf die Wiederholung der Feststellung, daß keine der Interessen Frankreichs geopfert werde. Er lehnt es erneut ab, in eine detaillierte Erörterung einzutreten, weil die Debatte keinen Charakter annehmen dürfe, der mit der Würde der Regierung nicht in Einklang zu bringen wäre. (Beifall.)

Nach einer letzten Bemerkung von Klotz, der versichert, er sei der Würde der Regierung nicht zu nahe getreten, schließt der Kammerpräsident diese Debatte durch die klassische Erklärung: „Der Zwischenfall ist geschlossen.“

Es folgt eine Auseinandersetzung über das Datum von zwei Interpellationen, deren eine die Frage betrifft, wie die deutsche Regierung zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen gezwungen werden soll, während die andere das Regime des besetzten rheinischen Gebietes behandelt. Die Oppositionellen versuchen durchzusetzen, daß die Besprechung noch vor der Abreise Briands nach Cannes auf die Tagesordnung gesetzt werde. Die Kammer beschließt, dem Wunsche Briands zu entsprechen und die Interpellationen über die äußere Politik bis Mitte Januar zu vertagen.

Die Kammer beginnt dann die Erörterung der Interpellationen über die Chinabank. Die Kammer Sitzung dauert an.

Rathenau beim Kanzler.

Der Zweck der Londoner Reise.

Berlin, 24. Dezember. (W. F. B.)

Sofort nach Rückkehr in vorgerückter Abendstunde erstattete Dr. Rathenau dem Reichskanzler Bericht, an dem sich eine Besprechung mit dem Reichspräsidenten angeschlossen. Die Londoner Besprechungen hatten das Ziel für die am 6. Januar in Cannes beginnenden Beratungen der Alliierten Unterlagen zu schaffen, voraussichtlich wird dort eine Entscheidung darüber getroffen werden, wie die Reparationslasten Deutschlands zunächst für das ganze Jahr 1922 wirtschaftlich erträglich gestaltet werden können.

Ludendorffs Münchener Sitz sich alle möglichen Fäden zu militärischen Kreisen der Entente spinnen. Und ebenso ist General Hoffmann, der auch die russischen Militaristen um sich sammelt, bestrebt, Fühlung mit der englischen und französischen Generalität zu halten und zu gewinnen. Nicht bloß in Interviews, sondern auch in Denkschriften werden Pläne propagiert, deren Geist Zeugnis dafür ablegt, daß die Kurzsichtigkeit soldatischer Denweise in allen politischen Dingen für die Militärs aller Länder etwas gleich Charakteristisches ist und anscheinend ein verbindendes Element zwischen den Militärs aller Nationen darstellt.

Es bedarf wirklich keiner näheren Erläuterung, in welchem hohem Maß bedenklich solche unverantwortlichen Mädelereien sind. Und sie werden nicht weniger gefährlich dadurch, daß der Mittler bei all diesen Aktionen ein Phantast vom Schlage Arnold Reehbergs ist. Der Bildhauer und Industrielle Reeh-

berg ist als Rittmeister der Reserve im Kriege hart und falsch behandelt worden. Man hat ihn u. E. ganz zu Unrecht vaterlandsfeindlicher Motive bei seinen sehr wortreichen Handlungen verdächtigt. Es ist für diese Auffassung keinerlei Beweis erbracht worden. Solch Beweis war auch kaum möglich. Denn für alle, die Reehberg kennen, steht fest, daß er, der den Ausgang des Krieges sehr pessimistisch beurteilte und stets an die Möglichkeit eines Ausgleichs namentlich der deutsch-englischen Wirtschaftsgegenstände, glaubte, in der ehrlichen Absicht handelte, dem Reich zu dienen. Auch als er die Vermittlung der Bekanntschaft zwischen Erzberger und Hoffmann in die Hand nahm und damit einen Keil in die bis dahin bestehende Einheit der Obersten Heeresleitung und besonders in die Freundschaft zwischen Ludendorff und Hoffmann trieb, war er sich sicher der Konsequenzen nicht bewußt. Genau wie er jetzt gewiß in gutem Glauben handelt. Aber